

Michael Wimmer

Staatliche Kulturpolitiken im Vergleich – Über Ähnlichkeiten und über Unterschiede des Kulturverständnisses konservativ-freiheitlicher Regierungen

„Mir wird Angst und Bange, wenn ich daran denke, was die österreichische Regierung in den nächsten drei Jahren noch so alles anstellen wird...Fast jede Woche gibt es einen kleinen oder größeren Hammer in Verbindung mit FPÖ-Personal. Damit meine ich nicht nur den Skandal über das Burschenschaftler-Liederbuch, in dem von Judenvergasungen die Rede war.“ (Wolfgang Ambros)

Vorbemerkungen

„Österreich ist anders“: In einer ersten Analyse der kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen der schwarz-blauen Bundesregierung 2000 – 2006 stellte dieser Slogan auf die besondere Bedeutung der politischen Konstruktion einer österreichischen Kulturnation ab. In keinem anderen Land wird und wurde die darauf abzielende Erzählung so erfolgreich als symbolisches Kapital für die politische Imagebildung genutzt.

Als Haider im Jahr 2000 die Regierungsbeteiligung gelang, wurde die Mitwirkung seiner ausländerfeindlichen und latent antidemokratischen Partei in weiten Teilen des europäischen Auslands als Tabubruch eingeschätzt. Als Antwort auf die internationalen Reaktionen lag es nahe, das positive Image Österreichs als Kulturnation ins Treffen zu führen. Und so überboten sich regierungsnahen Medien mit Schlagzeilen wie „Alles Gute Wolfer!“¹, mit Hilfe derer es - anlässlich und mit durchaus absichtsvoller Anspielung auf den Vornamen des Regierungschefs - der 250sten Wiederkehr des Geburtstags von Wolfgang Amadeus Mozart im Jahr 2006 gelingen sollte, nach innen ebenso wie nach außen ein Bild eines weithin unpolitischen Österreichs als „Volk der Tänzer und der Geiger“ (Anton Wildgans) zu erneuern. Damit würden die politischen Fährnisse einer zunehmend globalisierten Welt – so die Hoffnungen der neuen Machttäger*innen – gar nicht erst in ein breiteres öffentliches Bewusstsein geraten.

Die schwarz-blaue Bundesregierung ließ sich das „Mozartjahr“ ein Sonderbudget von insgesamt 150 Mio. Euro kosten; ein Betrag, der ungefähr 20% der damaligen jährlichen Kunst- und Kulturförderung des Bundes entsprach.² Dazu ließ sich der Regierungschef Wolfgang Schüssel persönlich in barocker Verkleidung mit einem Cello auf der Titelseite des Wochenmagazins „News“ ablichten. Seine beiden Regierungskolleg*innen Elisabeth Gehrler als Unterrichts- und Wilhelm Molterer als Landwirtschaftsminister wollten da nicht nachstehen und vereinigten sich mit ihrem Chef anlässlich der Präsentation eines „Rotweißroten Liederbuches der ÖVP“³ in der Öffentlichkeit zu einem Gesangstrio. In Salzburg fand eine Großveranstaltung im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 mit dem Titel „Sound of Music“ statt. Bei der Gelegenheit sollte der „Jubilar Mozart als eine europäische Persönlichkeit der Identitätsfindung und Versinnbildlichung Europas einen neuen Anstoß geben“⁴. Auf diese Weise sollte noch einmal die enge persönlich-emotionale Verbundenheit der Österreicher*innen mit der europäischen Idee sinnbildlich zum Ausdruck gebracht werden.

12 Jahre später findet sich die Zuschreibung „Österreich ist anders“ wieder. Und einmal mehr geht es um ein Liederbuch, freilich in einem ganz anderen Kontext. Diesmal beklagt der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch mit dieser Wortschöpfung das Bekanntwerden einer Liedersammlung der Burschenschaft „Germania“, in dem NS-Verherrlichung und Holocaustrevisionismus betrieben wird. Führende Vertreter der mittlerweile etablierten Regierungspartei FPÖ, viele von ihnen deutschnationale Burschenschafter⁵, sind in deren Verteidigung persönlich involviert.⁶ Das Publikwerden dieses antisemitischen Pamphlets führte zur Rücktrittsaufforderung an den FPÖ-Spitzenkandidaten in Niederösterreich Udo Landbauer durch den amtierenden Bundespräsidenten Alexander van der Bellen.⁷

Die Wiederauflage der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft⁸ im zweiten Halbjahr 2018 ist weit davon entfernt, einen ähnlichen kulturpolitischen Aufwand wie 2006 zu betreiben. Weit und breit kein ähnliches Bemühen, sich als kleines Land mit großer Kultur zu präsentieren. Als Prioritäten werden mit den Themen Migration, Digitalisierung sowie Nachbarschaftspolitik vor allem im Hinblick auf den Westbalkan bzw. Südosteuropa zentrale Bedrohungsszenarien benannt; neben den Verhandlungen zur Fortsetzung der EU-Kulturprogramme hat sich Österreich kulturpolitisch konkret vorgenommen, das Thema „Europe’s cultural, media and creative industries and the digital world“⁹ auf die europäische Tagesordnung zu setzen.

Diese vergleichsweise bescheidenen Ansprüche auf gesamteuropäischer Ebene finden ihre Entsprechung in Österreich. Zwar findet sich in den Absichten des neuen Bundeskanzlers Sebastian Kurz auch diesmal wieder die „Neubelebung Österreichs als Kulturnation“¹⁰; als kunststaffine Identifikationsfiguren sind er und seine Kolleg*innen aber noch nicht in Erscheinung getreten.¹¹ Und auch sonst zeigen sich seit dem Amtsantritt der schwarz(türkis)-blauen¹² Bundesregierung noch wenige Indizien dafür, dass die Regierung versuchen würde, Kultur als Mittel der Imagepolitik zu nutzen.

Thema dieses Beitrags ist es, einen ersten Vergleich zwischen der staatlichen Kulturpolitik Anfang 2000 bis Anfang 2006 und den kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen der ÖVP-FPÖ-Regierungspolitik auf Bundesebene seit ihrer Angelobung am 17. Dezember 2017 zu versuchen. Obwohl es sich zum Zeitpunkt der Abfassung noch um einen sehr kurzen Zeitraum seit dem Amtsantritt von Schwarz(Türkis)-Blau handelt, lassen sich doch bereits eine Reihe von Daten finden, die auf ähnliche Zugänge ebenso wie auf Unterschiede hinweisen.

Dazu muss zu Beginn auf eine Besonderheit hingewiesen werden. Im Gegensatz zu anderen, in diesem Band analysierten Politikfeldern handelt es sich bei dem, was gemeinhin unter österreichischer Kulturpolitik verhandelt wird, um ein schwach definiertes Politikfeld. Nur für einen kurzen Zeitabschnitt in den 1970er Jahren kann der Nachweis für die Existenz eines politisch ausformulierten Konzeptes samt daraus resultierenden Weichenstellungen erbracht werden.¹³ Danach wird die Analyse durch Beliebigkeit bzw. durch eine weitgehende Beziehungslosigkeit zwischen den kulturpolitisch formulierten Absichten und der konkreten Praxis sehr erschwert. Dabei hat sich das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit in den letzten Jahren nochmals signifikant verschärft. Entsprechend ist eine Bestimmung des Verhältnisses von Kultur und Politik im Wesentlichen auf Interpretationsversuche angewiesen, die auf der immanenten Logik kulturpolitischer Praxis beruhen.

2. Zu den geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Wenn die Akteure der Hochkultur in der Vergangenheit immer wieder erfolgreich den Anspruch erhoben haben, den Symbolhaushalt der österreichischen Nation¹⁴ nachhaltig zu beeinflussen, so ist zuletzt eine Schwächung dieser Machtposition unübersehbar. Dies wird nicht nur im stetigen Abfall der immer schon vergleichsweise geringen Anteile der staatlichen Kunst- und Kulturförderung von 0,75% im Jahr 2004 auf 0,6% im Jahr 2017 deutlich.¹⁵ Sie zeigt sich – mit Ausnahme der Bundesmuseen - auch in einer geringen Reichweite des staatlich geförderten kulturellen Angebotes, das in den letzten Jahren mit der Zunahme anderer attraktiver Freizeitangebote beträchtliche Konkurrenz erfahren hat.¹⁶ Am entscheidendsten ist der Umstand, dass sich – entgegen allen Sonntagsreden – die Ansprüche auf kulturelle Hegemonie eines Bildungsbürgertums in den letzten Jahren weitgehend verflüchtigt haben. An ihre Stelle ist eine, auf ganz unterschiedliche Milieus zugeschnittene mannigfaltige Kulturlandschaft getreten, die mit ihrer international hochattraktiven Angebotsstruktur ein zentrales Asset der österreichischen Tourismusindustrie darstellt.

Zu den kontextuellen Veränderungen gehört auch die Wahrnehmung der österreichischen Gesellschaft als einer Migrationsgesellschaft¹⁷, die die Existenz ganz unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen ins öffentliche Bewusstsein gerückt hat. Und unversehens sah sich ein – durch wachsende Flüchtlings- und Migrationsströme motiviertes - städtisches liberales Bürgertum vor allem im Jahr 2015 weitgehend unvermittelt einem rechtspopulistischen Elektorat gegenüber, das in der wachsenden Anzahl von geflüchteten Menschen an den österreichischen Grenzen keine humanitäre Pflicht zur Hilfeleistung, sondern zuallererst eine Bedrohung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkennen meinte. Während erstere in ihrem Engagement zugunsten einer „Willkommenskultur“¹⁸ einem moralischen Anspruch auf Hilfeleistung von Menschen in Not folgten, befürchteten andere seither eine unkontrollierte „Überfremdung“¹⁹ der österreichischen Gesellschaft. Dieser, in seiner Brisanz bislang unbekannte Gegensatz ließ die einen den Reichtum einer neuen kulturellen Vielfalt²⁰ feiern (die sich auch in einer vorsichtig geänderten Förderpraxis widerspiegeln sollte), während sich die anderen noch einmal auf die Suche nach einer spezifischen österreichischen kulturellen Identität machten. Vor allem an letztere richtete sich das politische Angebot der Rekonstruktion einer spezifisch österreichischen Kultur, die sich in Ermangelung hinreichender inhaltlicher Spezifikation zu aller erst in Abgrenzung zu „kulturfremden Migrant*innen“²¹ definiert. Es war diese Polarisierung, die es der Neuen ÖVP in engem Einvernehmen mit der FPÖ möglich gemacht hat, im jüngsten Wahlkampf die Themenführerschaft zu übernehmen und entlang der Migrationsfrage alle anderen Politikfelder, so auch Kulturpolitik, erfolgreich zu infiltrieren.

2. Zu den Voraussetzungen für eine schwarz-blaue bzw. schwarz(türkis)-blaue Regierungsübernahme in den Jahren 1999 und 2017

Die letzte Phase der Großen Koalition, die von 1997 bis 1999 vom „Kunstkanzler“ Viktor Klima geführt wurde, stellt – jedenfalls seitens der damals regierenden SPÖ – ein bis heute streng gehütetes Tabuthema dar. Dabei erfolgten gerade in dieser Zeit wesentliche kulturpolitische Weichenstellungen. Das betrifft die Aufgabe eines eigenen Kunst- und Kulturministeriums ebenso wie den Startschuss zu einer umfassenden Reorganisation der großen staatlichen Kunst- und Kultureinrichtungen, denen auch vom seit 2000 amtierenden Kunststaatssekretär Franz Morak noch einmal als „kulturelle Leitbetriebe“²⁵ besondere Bedeutung zugemessen wurden. Im Zentrum standen weniger inhaltliche Fragen als eine stärkere Marktorientierung und – damit verbunden - ihre eigenständige Geschäftsfähigkeit, etwa bei der Einwerbung von Drittmittel.

Retrospektiv lässt sich hier der Startschuss für eine umfassende ökonomische Durchdringung des staatlichen Kulturbetriebs erkennen, eine Entwicklung, die – im Zeichen staatlicher Sparmaßnahmen – Effizienzgewinne höher einschätzt als die Behauptung gesellschaftlicher Relevanz. Dazu gehört eine Personalpolitik, deren vorrangiges Ziel es nicht mehr ist, künstlerische und gesellschaftspolitische Alternativen zum herrschenden Mainstream zu verhandeln. Stattdessen bemisst sich der Erfolg des jeweiligen Unternehmens an quantitativ messbaren Kriterien der Auslastung in einer konkurrierenden Kulturlandschaft. Dies gilt umso mehr als der Betrieb mit sich rasch ändernden Publikumserwartungen konfrontiert ist.

Auf politisch-administrativer Ebene arrogierte sich Bundeskanzler Viktor Klima 1997 selbst die Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Kunst und bestellte einen Staatssekretär zu deren geschäftsmäßiger Umsetzung. Daneben verwaltete auch das Bildungsministerium Kulturzuständigkeiten, während das Außenamt bis dato mit Fragen der Auslandskulturpolitik befasst ist. Diese Form der Aufsplitterung von weitgehend unzusammenhängenden, aber allesamt kulturpolitik-relevanten Zuständigkeiten besteht bis heute.

Trotz mancher grundlegender strukturellen Veränderungen wurden die Jahre vor 2000 von vielen Beobachter*innen retrospektiv als Phase des Stillstands und der Erstarrung interpretiert. Diese durchaus politisch gemeinte Zustandsbeschreibung²² sollte sich 2017 – wieder am Ende einer rot-schwarzen Regierungskoalition - auf frappierende Weise wiederholen. In dem Maße, in dem es 2017 den neuen, rund um Sebastian Kurz gescharten politischen Kräften gelang, dem politischen System eine Unfähigkeit zuzuschreiben, Antworten auf die aktuellen, vor allem wirtschaftlichen Herausforderungen zu finden, war es dem jungen Anwärter zum Regierungschef mit dem Versprechen eines „Systemwechsels“ möglich, eine Mehrheit zur Überwindung von Rot-Schwarz zu erzielen.

Im Bereich der Kulturpolitik mag 1999 das grassierende Gefühl des Stillstands an der mangelnden Ausstrahlung von kultureller Kompetenz sowohl des Kanzlers Viktor Klima als auch seines Staatssekretärs Peter Wittmann gelegen haben. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass Klima knapp vor den entscheidenden Wahlen 1999 mit Künstler*innen und Kulturschaffenden ein „Weißbuch der Kulturpolitik“²³ zur Neukonzeption staatlicher Kulturpolitik verhandelt hat. Ungeachtet dessen gelang ihm in keiner Phase des Wahlkampfes, angesichts der neuen Angrifffigkeit der Haider-FPÖ die öffentliche Meinungsführerschaft aufrecht zu erhalten, selbst wenn dieser versuchte, mit gezielten Angriffen auf einzelne Künstler*innen politisches Kleingeld zu schlagen²⁴. Stattdessen vermochte diese schon damals mit dem Schüren von Ressentiments das in den Jahren davor mühsam aufgebaute liberale Klima nachhaltig zu beschädigen – eine Entwicklung, der die Regierenden kein überzeugendes kulturpolitisches Projekt entgegen zu setzen vermochten.

Retrospektiv spricht wenig dafür, mit dem Regierungsantritt des ersten Kabinetts von Kanzler Schüssel eine kulturpolitische „Wende“ zu konstatieren, mehr schon eine Radikalisierung eines bereits voll in Gang gesetzten Prozesses.²⁵ Ein solcher Befund weitgehender Kontinuität lässt sich für die Zeit zwischen 2006 und 2017 nur mehr bedingt aufrecht erhalten. Immerhin lässt sich in dieser Phase eine neoliberale Durchdringung des Kulturbetriebes festmachen. Damit einher geht eine weitgehende Entpolitisierung auch des künstlerischen Personals, das seine Leistung nahezu ausschließlich am eigenen künstlerischen und ökonomischen Erfolg bemisst.

Administrativ kam es 2015 zum Zusammenschluss der Sektionen für Kultur (zuständig für die staatlichen Kulturbetriebe und die Agenden zum Schutz des kulturellen Erbes) und für Kunst (zuständig für die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens).²⁶ Verkauft als ein Beitrag zum Bürokratieabbau muss diese Maßnahme kulturpolitisch als Preisgabe einer seit den 1970er Jahren herausragenden Zielsetzung der besonderen Förderung der Gegenwartskunst angesichts eines erdrückenden Reichtums an kulturellem Erbe interpretiert werden. Dafür spricht, dass ein weitgehend kontinuierlich fortgeführtes Budget die strukturell starke Stellung einiger weniger „Leitbetriebe“ stützt, während der freie Kultursektor immer weiter unter Druck gerät bzw. den Bezug zu staatlicher Kulturpolitik verliert.

Eine kulturpolitische Besonderheit stellte 2007 – 2013 die Amtszeit von Claudia Schmied als Kunst-, Kultur- und Bildungsministerin dar. In dem Maß, in dem sie sich für Fragen der Kunst- und Kulturvermittlung als vorrangige Zielsetzung einsetzte, gelang es, Bildungs- und Vermittlungsaktivitäten in fast allen größeren Kunst- und Kultureinrichtungen zu verankern. Intendiert als Maßnahmen, um bislang unberücksichtigte Zielgruppen anzusprechen, sollte damit eine verbesserte Legitimationsbasis der staatlichen Privilegierung der Einrichtungen versucht werden, die von Teilen der FPÖ zunehmend in Zweifel gezogen wurden. In Schmieds Amtszeit fällt auch die Ermöglichung des freien Eintritts für junge Menschen bis 19 Jahre in die Bundesmuseen (nicht aber in die anderen Bundeskultureinrichtungen). Mit den neuen Amtsträgern nach 2013 verlor sich der Vermittlungsschwerpunkt rasch wieder, um durch andere persönliche Profilierungsversuche ersetzt zu werden.²⁷

2017 war es schließlich Thomas Drozda, der als für Kunst und Kultur zuständiger Kanzleramtsminister noch einmal die Absicht äußerte, nach dem „Plan A“ seines Regierungschefs mit einem „Plan K“ eine konzeptive Neugestaltung der staatlichen Kulturpolitik zu versuchen. Er folgte dabei Analysen, die nahelegen, dass die in die Jahre gekommenen administrativen Strukturen staatlicher Förderpolitik den aktuellen künstlerischen Produktionsweisen kaum mehr entsprechen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Absicht zur „Schaffung klarer und einheitlicher strategischer Schwerpunkte für das Kulturland Österreich“²⁸ auch im Regierungsübereinkommen von Schwarz(Türkis)-Blau findet.

Nicht unerwähnt bei den Voraussetzungen bleiben darf die geänderte politische Kontextualisierung, die Österreich in den letzten Jahren erfasst hat und die auch die Kulturpolitik nachhaltig beeinflusst. Das Ausmaß der Veränderungen im Inneren lässt sich etwa daran erkennen, dass der rechtsradikale Burschenschaftler Norbert Hofer 2016 als Bundespräsident beinahe mehrheitsfähig geworden wäre. Aber auch außerhalb haben sich die politischen Koordinaten verschoben. 2000 sind gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ Sanktionen der EU-14 verhängt worden. Hingegen wird ihr neuerlicher Regierungseintritt 2017 im Rahmen der internationalen Diplomatie beinahe schon als europäischer Normalfall verhandelt. Auf Basis dieser neuen europäischen Normalitäten konnte sich Österreichs Regierung mit ihrem Amtsantritt zu Ende 2017 rasch als Avantgarde des Rechtsnationalismus in Europa positionieren, die im Schließen von Flüchtlingsrouten oder der sukzessiven Aushöhlung des Asylrechtes neue europäische Maßstäbe setzt.

Während auf diese Art Österreich von den verbleibenden liberalen Kräften Europas mit rechtsextremistischer Gefahr assoziiert wird²⁹, sucht Sebastian Kurz die politische Nähe zu den

Vishegrád-Ländern³⁰. Deren Protagonist*innen liebäugeln mit einer illiberalen Demokratie und schrecken nicht davor zurück, auch Künstler*innen und Intellektuelle unter Kuratel zu stellen³¹.

Im aktuellen politischen Transformationsprozess erweist sich die Behauptung einer „Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik“ aus den 1970er Jahren als ein Bumerang. War diese ursprünglich dazu gedacht, die Errungenschaften liberaler Demokratie mit kulturpolitischen Mitteln zu unterstützen, so scheint diese Intention heute zunehmend von Rechtspopulisten gekapert und für ihre gesellschaftspolitischen Ziele genutzt zu werden. Als zentraler Bestandteil im Kampf gegen jede Form der Migration werden kulturpolitische Fragen zunehmend entlang ethnischer, religiöser und sozialer Zugehörigkeiten verhandelt, während die staatliche Organisation des Kulturbetriebs (vorerst noch) in den Hintergrund tritt. Die Wiedereröffnung des ehemaligen „Völkerkundemuseums“ als „Weltmuseum“ knapp vor dem Wahlerfolg von Sebastian Kurz im Herbst 2017, das auf international beispielhafter Weise den grassierenden Re-Ethnisierungstendenzen entgegen zu wirken versucht, ist kulturpolitisch bislang unterbelichtet geblieben.³²

Eine Zuspitzung hat diese neue Form des Kulturkampfes im Rahmen der „Willkommenskultur“ 2015 erfahren. Angesichts einer Vielzahl unversorgter Flüchtlinge sahen es – neben einer Reihe von NGOs – auch Kultureinrichtungen als ihre Aufgabe, sich um diese in besonderer Weise zu kümmern. So entstanden eine Reihe von künstlerischen Produktionen, an denen geflüchtete Menschen aktiv beteiligt waren.³³ Aktivist*innen der Gruppe der „Identitären“ unternahmen dagegen Versuche, diese Aufführungen zu stören bzw. öffentlichkeitswirksam zu verhindern. Im Wiener Audimax stürmten sie eine Aufführung von Elfriede Jelineks Stück „Die Schutzbefohlenen“ und wurden gegenüber den aktiv beteiligten Flüchtlingen handgreiflich.³⁴ Als FPÖ-nahe Gruppe von Aktivist*innen, deren spektakuläre Interventionsversuche dem Lehrbuch der APO der 1970er und 1980er Jahre als einer, sich außerhalb des Parlaments konstituierenden politischen, vor allem aber kulturellen Kraft entnommen zu sein scheinen, kämpfen sie für eine „Reinigung des Volkes“, wenden sich gegen den „Schuldskult“ und fordern „Remigration“ und „Heimatschutz“. Nach einem Fackelzug auf den Kahlenberg³⁵, um dort der Schlacht von 1683 gegen die Türken zu gedenken, musste sich die Gruppe als eine kriminelle Vereinigung im Juli 2017 vor einem Grazer Gericht³⁶ verantworten und wurde im August 2018 in ihrer Mehrzahl in erster Instanz freigesprochen³⁷.

3. Die politischen Wechsel

Die Überraschung, ja Fassungslosigkeit der meisten Kunst- und Kulturschaffenden über die neue Regierungskonstellation von FPÖ und ÖVP, die ab dem 4. Februar 2000 das Land regieren sollte, war groß. Wie ein Traum zerplatzten langjährig gepflegte Kontinuitätsphantasien gepaart mit einem unausgesprochenen kulturpolitischen Deal, der den Ausschluss der zentralen Akteure des Kulturbetriebs aus dem politischen Entscheidungsprozess mit staatlicher Fürsorge für eben diesen zu kompensieren trachtete.

Umso heftiger fielen die unmittelbaren Reaktionen auf den politischen Wechsel aus: Künstler*innen und Kulturschaffende artikulierten ihren Widerstand in vielfältigen Aktionsformen, die unmittelbar nach dem Regierungsantritt begannen. Sie beteiligten sich an Sternmärschen und Demonstrationen, u. a. an der Großkundgebung vom 19. Februar 2000, machten ihren Widerstand mit Plakaten und Transparenten an den Fassaden kultureller Einrichtungen öffentlich und organisierten ein vielfältiges Diskussions- und Veranstaltungsprogramm. Bald war die Rede von einer Re-Politisierung des Kulturbereichs³⁸, die - getragen von einer breiten Zustimmung - dafür sorgen würde, die „lähmende

parteiliche Konsenskultur von einer überfälligen Konfliktkultur abzulösen³⁹. Als eine unmittelbare Reaktion auf die Nationalratswahlen vom 3. November 1999 gründete sich die Plattform „gettoattack“. Dazu kamen nach und nach unter dem Sammelbegriff „Das andere Österreich“ eine Vielzahl von neuen Widerstandsinitiativen wie „www.austria-government.at“ mit der „NEUEN Kunstsektion“, „widerst@ndmund“, www.ballhausplatz.at, die „Wiener-WahlPartie“ oder die „Kulturpolitische Kommission“. Besondere Aufmerksamkeit erregte eine wöchentlich stattfindende „Donnerstagsdemo“ unter dem Motto: „Wir gehen solange, bis die Regierung geht“ quer durch Wien, die vor allem in der ersten Phase von namhaften Künstler*innen mitgetragen wurde.

Die hauptsächliche Kritik der Kulturszene unmittelbar nach dem Antritt der Regierung Schüssel I richtete sich gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Jörg Haider, dem „Ziehvater des Rechtsterrorismus“⁴⁰. Als erstes Widerstandsmotiv galt das von dieser Partei vertretene und propagierte rassistische, minderheitenfeindliche, antisemitische und insgesamt menschenverachtende Gedankengut, das – so die IG Kultur Oberösterreich – in einer langen Tradition der Kunst-, Kultur- und Künstler*innen-Feindlichkeit seinen Ausdruck finden würde. Während die Demonstrant*innen darauf hofften, dass diese Regierung, auch auf Grund des hohen inneren und äußeren Drucks nur von kurzer Dauer sein würde, erwiesen sich gerade die „Maßnahmen der EU-14“ als besonderer Beitrag zur Konsolidierung des neuen Regimes. Vor allem der ÖVP gelang es, die Maßnahmen als nicht gegen die Regierung, sondern gegen die österreichische Bevölkerung gerichtet umzudeuten. An alle Österreicher*innen wurde die Losung ausgegeben, den Einmischungsversuchen seitens des Auslands durch einen gemeinsamen Schulterschluss entgegen zu wirken. Alle diejenigen, die sich an einer solchen Solidarisierung nicht beteiligen wollten, darunter viele Künstler*innen und Kulturschaffende, wurden als potentielle Landesverräter*innen denunziert.⁴¹

Bald zeigten sich die Konturen eines vor allem dem Ausland gegenüber offensiv vorgetragenen Renationalisierungskonzeptes des Kleinstaates Österreich, der „die Großen“ nicht fürchtet. Dieses bezog sich freilich nicht auf eine besondere Sorge um das staatliche Eigentum, das seit dem Regierungsantritt 2000 sehr offensiv einer investitionsfreudigen Wirtschaftsklientel angetragen wurde, sondern auf die Rekonstruktion einer „österreichisch-abendländischen“ Identität, die eine gute Verwendung auch bei der Durchsetzung zunehmend rigider Zuwanderungsbestimmungen fand.

Schon nach wenigen Wochen im Amt zeigte sich, dass die neue Bundesregierung gewillt war, ihre Macht auf bisher ungewohnte Weise einzusetzen und für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Der Philosoph Burghard Schmidt sprach in diesem Zusammenhang vom „Rachemotiv“ als einem, „deutlich ins Auge springenden Leitfaden der österreichischen Politik bis in die Kulturpolitik“⁴². Mit bisher ungekannter Brutalität betrieb die Regierung den bis dahin wohl umfassendsten personellen Wechsel samt damit zusammenhängenden Einschüchterungsversuchen in ihrem direkten und indirekten Einflussbereich, der auch viele Kunst- und Kultureinrichtungen betraf.⁴³ Diese Maßnahmen zur Produktion von vorauseilendem Gehorsam zusammen mit konkreten Drohungen, politische Kritik unmittelbar mit Subventionskürzungen bzw. deren Entzug zu beantworten⁴⁴, ließen die Stimmen im Kunst- und Kulturbereich, die zum Widerstand gegen FPÖ-ÖVP Regierung aufgerufen hatten, rasch schwächer werden. Die Transparente wurden eingeholt, vor allem für viele freie, nicht institutionelle Kunst- und Kulturinitiativen begann ein schwieriger Überlebenskampf im politisch verminten Gelände.

Im Vergleich zur Regierung Schüssel findet anlässlich der erneuten Bildung einer schwarz(türkis)-blauen Bundesregierung am 17. Dezember 2017 kein vergleichbares Aufbegehren von Künstler*innen und Kulturschaffenden statt. Immerhin fanden anlässlich der Angelobung einige spontane Demonstrationen statt; am 13. Jänner 2018 nahmen einige zehntausend Menschen an einer Großdemonstration gegen „Einschnitte im Pensions-, Gesundheits- und Sozialsystem sowie Angriffe auf die Gewerkschaften und die Schwächung der Arbeiterkammer“⁴⁵ teil. Die IG Kultur startete eine Aktion gegen die Ernennung einzelner, als rechtsextrem eingestufte FPÖ-Politiker*innen⁴⁶. Eine Gruppe von Filmschaffenden fand sich zur Initiative „#klappeauf“⁴⁷, um so für ein „solidarisches Miteinander“ zu werben.

Die Gründe, warum die Proteststimmen vor allem in der Kulturszene diesmal wesentlich leiser ausfielen, sind vielfältig.⁴⁸ In jedem Fall war diesmal klar, dass es sich bei der Neuauflage von ÖVP-FPÖ nicht um einen politischen Betriebsunfall handelt, sondern dass sich die politischen Verhältnisse nachhaltig nach rechts verschoben haben und somit auf breite Zustimmung in der Bevölkerung zählen können. Beide Parteien bauen mittlerweile auf eine lange Geschichte der Verschärfung der Migrationsbestimmungen. Mitausschlaggebend für das Stillhalten des Kunst- und Kulturbereichs war wohl auch die Erfahrung, dass die Widerstandsformen 2000 und in den Folgejahren nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben; vieles spricht dafür, dass die politische Bedeutung des Kultursektors seither eher weiter ab- denn zugenommen hat. Dazu kommt, dass die Vertreter*innen des Widerstands zu Beginn des neuen Millenniums noch auf einen europäischen Solidaritätszuspruch auch auf offiziell-politischer Ebene bauen konnten. Heute haben zivilgesellschaftliche Initiativen in ganz Europa gegen einen rechtspopulistischen Mainstream zu kämpfen, der ihnen den Kampf selbst für die Aufrechterhaltung elementarer humaner Grundwerte erschwert. Und sie treffen auf eine Opposition, die sich nach Jahren der korrumpierenden Anbiederung an den neoliberalen Zeitgeist nicht mehr in der Lage sieht, ein überzeugendes politisches Gegenkonzept zu vertreten, um dem Schwung des neuen jungen Regierungschefs Paroli zu bieten.

Und so reduzierte sich bislang der künstlerische Widerstand auf einige wenige prononcierte Stellungnahmen wie die des Autors Michael Köhlmeier zum „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“⁴⁹, der die aktuellen politischen Motive zur Schließung von Fluchtrouten in Bezug zu nationalsozialistischen Ausgrenzungsstrategien brachte. Vergleichsweise konziliant gab sich dagegen der Maler und Filmemacher Arik Brauer, der anlässlich des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkriegs dazu einlud, sich über die politischen Gräben hinweg die Hände zu reichen.⁵⁰ Der Liedermacher Wolfgang Ambros hingegen wandte sich explizit gegen die „vielen braunen Flecken der FPÖ“, die nunmehr Regierungsmitverantwortung trage.⁵¹ Und der Autor Robert Menasse, der nicht erst mit seinem Brüssel-Roman „Die Hauptstadt“⁵² das Thema des europäischen Integrationsprozesses am Leben erhalten möchte, plant anlässlich der 100sten Wiederkehr der Ausrufung der Republik Österreich zusammen mit einer Reihe prominenter Mitstreiter*innen für den November 2018 die „Ausrufung einer Republik Europa“⁵³.

4. Die kulturpolitischen Programme und ihre Umsetzungsformen im Vergleich

FPÖ und ÖVP hatten sich bereits vor dem gemeinsamen Regierungsantritt 2000 kulturpolitisch weitgehend angenähert. Während die ÖVP in ihrem Parteiprogramm von 1995 formulierte, „Österreichs Stellung als bedeutende Kulturnation sichern zu wollen“⁵⁴, versuchte die FPÖ zur selben Zeit, ihre deutsch-nationalen Wurzeln mangels politischer Erfolgsaussichten hinter sich zu lassen und eine stärkere österreichisch-patriotische Profilierung herauszustreichen. Beide Parteien betonten in

ihrer Programmatik die Pflege und die Bewahrung des kulturellen Erbes. Dieses wurde seitens der FPÖ vor allem zur Konstruktion regionaler kultureller Identitäten instrumentalisiert, um damit dem Ausländer-Bedrohungsbild einer „Nivellierung durch Multikultur“ öffentlichkeitswirksam entgegen wirken zu können. Die beiden Koalitionspartner fanden sich auch in der Betonung des privaten Engagements und einer stärkeren Marktorientierung, wobei Teile der ÖVP im Vorwahlkampf besondere Markierungen zum Thema „Creative Industries“ zu setzen versuchten.

Bei diesen ausgeprägten Gemeinsamkeiten beider Parteien hätte davon ausgegangen werden können, dass es – wenn mit der Überwältigungsstrategie Wolfgang Schüssels gegenüber dem Bundespräsidenten Thomas Klestil wenig Zeit für konzeptionelle Details blieben – eine Einigung auf ein eigenständiges Übereinkommen im Bereich der Kulturpolitik hätte geben können. Stattdessen fanden sich im Koalitionsabkommen im Jahr 2000 im Abschnitt „Kultur und Kunst“ überraschende Übereinstimmungen mit bereits zuvor zwischen ÖVP und SPÖ getroffenen Vereinbarungen. Diese Kontinuitäten erstreckten sich auch auf einzelne konkrete Umsetzungsformen.

Die Fortschreibung macht in besonderer Weise augenscheinlich, dass die neue Bundesregierung einer eigenständigen Kulturpolitik keinen besonderen Stellenwert einzuräumen gedachte. Stattdessen beschränkte sich Bundeskanzler Schüssel in der Regierungserklärung 2000 darauf, die aufgebrachte Künstlerschaft zu beruhigen: „Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Niemand muss befürchten verfolgt zu werden“⁵⁵. Dazu betonte er, dass „Kunst und Kultur in Österreich einen besonderen Stellenwert hätten“, ohne diesen weiter auszuführen

Geht es nach den offiziellen Ankündigungen, so lässt sich daraus kein grundlegender Kurswechsel in der kulturpolitischen Programmatik der damaligen Zeit herauslesen. Eher fündig wird man in weniger offiziellen Aussagen führender Koalitionspolitiker*innen, die die Absicht deutlich machten, den Bereich der Kulturpolitik für unmittelbar (partei-)politische Zwecke instrumentalisieren zu wollen; eine Absicht, die ebenfalls bereits vor 2000 handlungsleitend war, unter den neuen politischen Bedingungen allerdings wesentlich radikaler und konsequenter verfolgt wurde. Die Kunst- und Kulturförderung sollte dazu beitragen, das in der ersten Phase der neuen Koalition heftig forcierte so genannte Null-Defizit zu erreichen. Als eine Gegenstrategie sprach sich Schüssel für eine „Öffnung der Kunstförderung für Wirtschaft und Private“ und damit für eine stärkere Marktorientierung der Kunst- und Kulturproduktion aus. Die Kriterien, mit denen entschieden werden sollte, wer von Kürzungen in besonderer Weise betroffen sein würde, benannte der nunmehrige Parlamentspräsident Andreas Khol in einem Interview: Es gelte, „die Böcke von den Schafen zu trennen“⁵⁶. Noch deutlicher wurde er in seinem Buch „Die Wende ist geglückt“, das die ideologische Unterfütterung für die neue Regierungskonstellation liefern sollte. Im Sinne der Kritik Jörg Haiders an der „geistigen Vorherrschaft der Linken im kulturellen Sektor“⁵⁷ sprach er von der „Brechung der linken und grünen Kulturhegemonie“ als einer der großen „Wende-Agenden“⁵⁸, mit der Franz Morak beauftragt sei.

In den Konsequenzen lässt sich heute erkennen, dass der politische Wille zur Verstärkung der unmittelbaren politischen Einflussnahme auf staatliche und auch vorgelagerte Einrichtungen einherging mit einer Außerfragestellung der großen traditionellen Kunst- und Kultureinrichtungen, die von den Kürzungen weitgehend ausgenommen blieben. Im Gegenzug sahen sie sich im politischen Auftrag, einen besonderen Beitrag zur Legitimation der neuen Regierungskonstellation zu leisten. Vorrangiges Ziel dafür war die seit den 1970er Jahren stetig expandierende, sich als politisch

autonom definierende Kulturszene, die sich wachsendem politischem Druck ausgesetzt sah: Sie sollte sich durch sukzessiven Entzug der Basisfinanzierung in ihrer Existenz gefährdet sehen.

Die ÖVP ging 2002 als strahlender Sieger aus der vorgezogenen Wahlauseinandersetzung hervor und Wolfgang Schüssel konnte für sich verbuchen, den Einfluss der Freiheitlichen massiv beschnitten zu haben. Bezogen auf die Kulturpolitik bedeutete das die weitgehende Verabschiedung der FPÖ aus den kulturpolitischen Entscheidungen, während die ÖVP sich die Entscheidungskompetenzen mehr denn je aneignete. Ungeachtet des Umstands, dass die Mehrzahl der Vorhaben des Regierungsprogramms 2000 im Bereich „Kunst und Kultur“ in der verkürzten Legislaturperiode 2000-2002 nicht abgearbeitet wurden, fanden sich im Koalitionsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ aus dem Jahr 2003 eine ganze Reihe neuer Punkte, während unerledigte fehlten: Als hätte sich die erneute Koalition die Kritik der Opposition besonders zu Herzen genommen, fanden sich diesmal an erster Stelle Absichtserklärungen zur vorrangigen Förderung zeitgenössischer Künstler*innen, aber auch eine Ausweitung der Filmförderung. Einmal mehr verdeutlicht dies die Beliebigkeit dieser offiziellen Textstellen, zumal die realen kulturpolitischen Entscheidungen ab 2003 keinen Kurswechsel anzeigten, wohl eher eine weitere Zurückstufung der Kultur und Kulturpolitik auf der Prioritätenliste der politischen Agenda. Schon die Regierungserklärung vom 6. März 2003 brachte das Desinteresse an einem kulturpolitischen Diskurs auf den Punkt. Im kürzesten Passus einer Regierungserklärung seit dem Beginn der 2. Republik erschöpfte sich Bundeskanzler Schüssel in der Aussage: „In der Kunst- und Kulturpolitik wollen wir den bewährten Weg fortsetzen, das Kreative zu stimulieren, und für die Künstler gute Rahmenbedingungen schaffen. Wir bekennen uns zur Förderung des großen künstlerischen Potentials in unserem Land und seiner Darstellung im Ausland.“⁵⁹ Schwerpunkte zu Umsetzungsformen ließen sich nicht erkennen.

Wenn die Jahre 2000 – 2006 von einer relativen Beliebigkeit der kulturpolitischen Programmatik gekennzeichnet waren, so hat im Vergleichszeitraum 2017 – 2018 Kulturpolitik bereits im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Mit dem diesmal alles überlagernden Thema Migration wurde stattdessen eine neue Arena des Kulturkampfes eröffnet. Dazu kam das Versprechen, viele Milliarden an öffentlichen Mitteln einsparen zu wollen.⁶⁰ Sebastian Kurz brachte sein Wahlprogramm auf den Punkt: „Weniger Steuern, weniger Ausländer.“⁶¹

In ihren Wahlprogrammen begab sich die SPÖ mit dem Slogan „Gute Kulturpolitik ist keine Kunst“ auf die Suche nach Wähler*innenzustimmung im Kunst- und Kulturbereich. Knapp vor der Wahl machte der amtierende Kunst- und Kulturminister Thomas Drozda noch mit der Ansage einer jährlichen Valorisierung der staatlichen Fördermittel sowie mit einem garantierten Grundeinkommen für Künstler*innen von sich reden⁶². Die neue ÖVP hingegen versprach, entlang des bereits aus den 2000er Jahren bekannten Slogans „Österreich als Kulturnation neu beleben“ ein neues Leitbild zu entwickeln. Die FPÖ wandte sich gegen "Identitätsvernichtung" und "Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln". Grüne, Neos und die Liste Pilz verzichteten gleich ganz auf ein eigenes Kulturkapitel in ihren Wahlprogrammen.⁶³

Im Gegensatz zum Regierungsprogramm Schüssel I, dessen Kulturteil noch eine starke SPÖ-Handschrift getragen hatte, vermochte sich Sebastian Kurz, dem es seit seiner Übernahme des Parteivorsitzes im Mai 2017 gelungen war, eine neue ÖVP ganz auf seine Person hin auszurichten, von der Mitwirkung seiner Partei in der vorangegangenen Koalition weitgehend zu „emanzipieren“. Auch der neue Koalitionspartner FPÖ findet sich nur sehr peripher im Kulturteil des neuen

Regierungsprogramms. Dieses sieht insgesamt fünf Schwerpunkte vor, die vom engsten Umfeld Sebastian Kurz⁶⁴ formuliert wurden:

- Schaffung klarer und einheitlicher strategischer Schwerpunkte für das Kulturland Österreich⁶⁵,
- Förderung österreichischer Kunst und Kultur mit besserer Planbarkeit und klarer Ergebnisorientierung – weg von der Gießkanne,
- Einfache Strukturen, klare Kompetenzen, weniger Bürokratie,
- Gedenkjahr 2018,
- Kinder und Jugendliche für Kunst und Kultur begeistern.

Kulturpolitisch relevante Punkte finden sich freilich auch in anderen Kapiteln des Regierungsprogramms. Dabei kommt dem Kapitel „Integration“⁶⁶ besondere Bedeutung zu; bezeichnend scheint, dass sich der Terminus „Diversität“ nur einmal im Kompositum „Biodiversität“ findet.

Die Veröffentlichung dieser kulturpolitischen Schwerpunkte hat bislang zu keiner breiteren Diskussion selbst nicht in der Kulturszene geführt. Am ehesten wurde der Terminus „Kulturland Österreich“ befragt, dessen inhaltliche Ausgestaltung nach Auskunft diverser Akteure weitgehend fehlt.⁶⁷ Im parlamentarischen Kulturausschuss wurde im Mai 2018 die Bundesregierung beauftragt, eine bundesweite Kunst- und Kulturstrategie⁶⁸ auszuarbeiten. Dem Regierungsprogramm folgend wurde die Bundesregierung vom selben Gremium aufgefordert, Impulse für mehr musische Bildung zu setzen.⁶⁹ Eine inhaltlich darauf bezogene parlamentarische Enquete wurde kurzfristig abgesagt.

In dem Maß, in dem ein Schwerpunkt zur Schaffung einer Kunst- und Kulturstrategie „in enger Abstimmung mit den beteiligten Gruppen erfolgen sollte“, ist dabei auch die föderale Förderstruktur angesprochen. Unter dem Begriff der „Regionalisierung“ war die Neuverteilung der Kunst- und Kulturzuständigkeiten zwischen Bund und Ländern bereits in den Phasen Schüssel I und Schüssel II wichtiges Thema. Aber auch in der Zeit der SPÖ-Kulturminister*innen danach wurden diesbezügliche Markierungen gesetzt. So sprach sich Josef Ostermayer 2016 für eine sukzessive Verländerung der Kulturförderung aus⁷⁰; erste Stellungnahmen des Kurz-Intimus Gernot Blümel als Kunst- und Kulturminister, in der er sich vornimmt, Doppelgleisigkeiten mit den Ländern zu vermeiden⁷¹, deuten in eine ähnliche Richtung.

Mit einiger Neugierde wurde der Budgetvoranschlag der schwarz(türkis)-blauen Bundesregierung, der im März 2018 veröffentlicht wurde, erwartet. Immerhin stand zu befürchten, dass es – dem Beispiel der schwarz-blauen Landesregierung in Oberösterreich folgend⁷² – zu beträchtlichen Kürzungen kommen würde. Bereits zuvor hatte das Land Steiermark mit deutlichen Budgetkürzungen im Kulturbereich unter Beweis gestellt, dass sich die Bundesländer nicht als Kompensatoren für Ausfälle auf Bundesebene verstehen.⁷³

Die neue Bundesregierung annoncierte im Frühjahr 2018 eine weitgehende Kontinuität der Kunst- und Kulturfördermittel: Für 2018 wurden 456,6 Millionen Euro veranschlagt (im Vergleich zu 451 Mio. Euro in 2017); für 2019 sind 455,1 Millionen Euro in Aussicht genommen. Darin enthalten sind bauliche Investitionsförderungen (3,5 Mio. Euro) sowie die Finanzierung von Projekten für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 (0,5 Mio. Euro). Im Finanzrahmen bis 2022 wird das Kunst- und Kulturbudget mit 455,6 Mio. Euro (2020), 456,2 Mio. Euro (2021) sowie 456,8 Mio. Euro (2022) weitgehend unverändert beibehalten. In der parlamentarischen Diskussion wurde seitens der

Opposition vor allem bemängelt, dass diese nicht valorisierte Kontinuität über mehrere Jahre de facto zu einer realen Kürzung der für Kunst und Kultur bereitgestellten Mittel führen würde.⁷⁴

Zu befürchten ist in jedem Fall, dass gleichbleibende Budgets vor allem die großen Player in Gestalt der von Franz Morak apostrophierten „Kulturellen Leitbetriebe“ weiterhin begünstigen werden. Bereits in den letzten Jahren kam es zur überdurchschnittlichen Senkung der Fördermittel für den freien Bereich, der schon auf Grund seiner schwachen verbandlichen Vertretung auf keinerlei Lobbying zählen kann.⁷⁵ Vermochte sich in der stark parteipolitisch grundierten Förderpraxis nach 2000 noch die Stadt Wien als Alternative zur Aufrechterhaltung eines kritischen und widerständigen Kunst- und Kulturschaffens in Stellung bringen, so ist Ähnliches im Jahr 2018 nicht zu erwarten. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass die gegenwärtige Bundesregierung in Vorbereitung der nächsten Wien-Wahlen mit einem ÖVP-Spitzenkandidaten Gernot Blümel alles daran setzen wird, die traditionelle Machtbasis der SPÖ in Wien zu zerstören⁷⁶.

Zur Zeit der Abfassung des Beitrages scheint es die aktuelle Kulturpolitik nicht darauf anzulegen, stante pede die personellen Entscheidungen der Vorgänger-Regierung rückgängig zu machen. So hat Kunstminister Blümel die Bestellung von Martin Kušej als neuen Direktor des Burgtheaters, der ein „offenes Welttheater“⁷⁷ angekündigt hat, in dem auch Stücke in nicht deutscher Sprache ihren Platz finden sollen, bestätigt. Und auch dem Amtsantritt des wegen einer Plagiats-Affäre⁷⁸ gestrauchelten Bogdan Roščić an der Wiener Staatsoper ab 2020 steht nichts im Wege. Das heißt aber nicht, dass die neue Bundesregierung – wie bereits ihre Vorgängerin 2000⁷⁹ – nicht daran gehen würde, kulturelle Vorfeldorganisationen wie KulturKontakt Austria unterhalb jeglicher öffentlicher Wahrnehmung an eine engere parteipolitische Leine zu nehmen.⁸⁰

Wenn der amtierende Kunstminister fast wortgleich mit Wolfgang Schüssel immer darauf hinweist, dass die „Freiheit der Kunst und Kultur [...] für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert“⁸¹ habe, so stellt – wie auch bei den Vorgänger-Regierungen – der Aspekt der sozialen Lage der Künstler*innen eine besondere kulturpolitische Herausforderung dar.⁸² Nach einer langen Vorlaufzeit wurde schließlich im Herbst 2018 eine Neufassung der „Studie zur sozialen Lage der Kunstschaffenden und Kunst- und Kulturvermittler/innen in Österreich 2018“⁸³, die von L&R Sozialforschung und österreichische kulturdokumentation im Auftrag des Bundeskanzleramtes erstellt wurde, veröffentlicht. Sie berichtet von äußerst prekären Existenzgrundlagen des Gros der Kunst- und Kulturschaffenden und weist u. a ein durchschnittliches Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit unter 5.000 Euro netto pro Jahr aus. In einer ersten Reaktion nannte Gernot Blümel den Förderschwerpunkt „Kunst & Kultur im digitalen Raum“, eine Verbesserung von „Service und Beratung“ sowie die Prüfung von Möglichkeiten „für die Ankurbelung privaten Engagements im Kulturbereich im Rahmen der kommenden Steuerreform“, um die soziale Lage der im Kunst- und Kulturbereich Tätigen zu verbessern.⁸⁴

Generell berichten Parlamentarier von einem fast schon demonstrativen Desinteresse der Mitglieder der Regierungsfractionen in den für Kunst und Kultur zuständigen Beratungsgremien.⁸⁵ Dementsprechend blieben bislang Fragen zur Zukunft der Bundesmuseen⁸⁶, des Denkmalschutzes⁸⁷ oder der Filmförderung, die nach 2000 noch für größere öffentliche Diskussionen gesorgt hatten, weithin undiskutiert. Ein Schattendasein fristet bislang auch das Gedenk- und Jubiläumsjahr 2018⁸⁸, eine abschließende Einschätzung ist aber wohl erst nach dem November 2018 möglich. Das wird sich auch anlässlich der Eröffnung des „Hauses der Geschichte“⁸⁹ in der Neuen Burg am Wiener

Heldenplatz zeigen, ein konfliktgeprägtes Projekt, das die Regierung Kurz in bereits verkleinerter Form von ihren Vorgänger*innen übernommen hat.

Im Vergleich zur Kulturpolitik war die erste Phase der Regierung Kurz wesentlich stärker von medienpolitischen Ambitionen geprägt. Im Zentrum des politischen Interesses steht dabei der ORF: so gelang es, das FPÖ-Urgestein Norbert Steger als ersten blauen Vorsitzenden des ORF-Stiftungsrats zu installieren. Noch vor seiner Installierung war Steger in der Öffentlichkeit mit der Absicht, kritische Journalist*innen künftig enger an die Kandare nehmen zu wollen, aufgefallen.⁹⁰ In einer Medienenquete⁹¹ sollte vor allem das künftige Standing des ORF einerseits gegenüber privaten Anbietern und andererseits gegenüber dem wachsenden Einfluss der Global Player geklärt werden. Als zentraler Hebel wurde dafür die Art des Gebührenaufkommens diskutiert. Bislang stehen diesbezügliche Entscheidungen aus; aus einer ORF-Innensicht kommt der Anchor-Man Armin Wolf zum Schluss: „Sie wollen den Öffentlich-Rechtlichen abschaffen“.⁹²

5. Einschätzungen

Der kursorische Überblick über das kulturpolitische Handeln der neuen Bundesregierung seit dem Jahreswechsel 2017/2018 lässt im Vergleich mit der Phase 2000-2006 folgende Einschätzungen zu:

Wurden die wesentlichen Weichenstellungen der Regierung Schüssel I und II bereits in der Endphase der Großen Koalition vorgenommen, so deutet bereits der Farbenwechsel von schwarz auf türkis den Willen zum Bruch mit den bisherigen Verhältnissen an, der sich – zumindest in moderater Form – auch in der kulturpolitischen Programmatik zeigen soll.

Stand die FPÖ-ÖVP Regierung im Jahr 2000 unter dem Verdacht, Haiders Partei Regierungsverantwortung zu übertragen, bedeute Menschenverachtung und Ausländerfeindlichkeit Tür und Tor zu öffnen, so erwiesen sich manche der Befürchtungen von damals als überzogen. Die ÖVP entpuppte sich bald als der gewieftere und durchsetzungsfähigere Partner, wenn es darum ging, den aus der Sicht ihrer führenden Funktionäre „gottgewollten“ Führungsanspruch für Österreich auch kulturpolitisch zu untermauern. Sukzessive gelang es dem konservativen Flügel dieser Partei, die entscheidenden Positionen der Republik auf nachhaltige Weise in Besitz zu nehmen und die FPÖ mit einigen wenigen Brosamen abzuspeisen.

In seiner Strategie, die ÖVP von einer christlich-sozialen zu einer konservativ-liberalen Partei umzuwandeln, nahm Schüssel Abschied von den Wertvorstellungen sozialpartnerschaftlicher „Checks and Balances“ und setzte auf die Inszenierung einer „Konfliktkultur“, die die Opposition ebenso wie eine kritische Öffentlichkeit seither immer wieder in die Defensive drängt. Der brachiale Durchsetzungswille der ÖVP-Führung ließ bei mehr und mehr politischen Beobachter*innen bereits damals Assoziationen in Richtung der Rückkehr autoritärer Machtansprüche hochkommen.⁹³

In diesen Aspekten sind die Ähnlichkeiten unübersehbar, auch wenn im zweiten Anlauf 2017 rechtspopulistische und rechts-nationalistische Kräfte innerhalb der ÖVP an Stärke gewinnen. Entsprechend scheint diesmal die Bereitschaft der ÖVP, sich den traditionellen Positionen der FPÖ zur Unterordnung österreichischer Kulturpolitik unter das Primat ethnisch-nationaler Kriterien anzunähern, wesentlich ausgeprägter. Diese geht einher mit jeglicher Absage an universell-gültigen ästhetischen Qualitätsansprüchen künstlerischen Schaffens, die sich in den Regierungsdokumenten nicht mehr wiederfinden. Mit den diesbezüglichen Zugeständnissen der neuen ÖVP an die FPÖ-Linie erscheint die aktuelle Regierungskoalition wesentlich geschlossener in der Umsetzung von Anliegen,

die auch die Haider-FPÖ zwar bereits propagiert hatte, aber bei deren Umsetzung sie noch mit beträchtlicher Gegenwehr sowohl der Zivilgesellschaft als auch des Koalitionspartners konfrontiert war. Mittlerweile hat die Beförderung einer „Konfliktkultur“ zu einer tiefen Polarisierung der österreichischen Gesellschaft geführt, die selbst grundlegende Wertvorstellungen des demokratischen Zusammenlebens⁹⁴ in Frage stellt.

Mit dem Slogan „Die Wende ist geglückt“, versuchte sich die ÖVP der 2000er Jahre von der Periode der Großen Koalition, die sie als Regierungspartei viele Jahre lang wesentlich mitgestaltet hat, abzugrenzen. Sie vermochte sich dabei auf eine national-konservative Grundströmung in der österreichischen Bevölkerung zu beziehen. In der Folge gelang es dem politischen Profi Wolfgang Schüssel, die tiefgreifenden innerparteilichen Auseinandersetzungen der FPÖ für sich zu nutzen und deren Dynamik bei vorgezogenen Neuwahlen in eine vernichtende Niederlage der FPÖ und in einen Triumph der ÖVP umzulenken.

Es lag also nahe, dass auch Sebastian Kurz auf eine ähnliche, die allgemeine Stimmung aufhellende Wenderhetorik zurückgreifen würde. Mit dem Image des jungen und unverbrauchten Politikers gelang es ihm, mit der Etablierung einer Neuen ÖVP die Regierungsbeteiligung seiner Partei in den Jahren 2007 - 2017 aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen. Die Gangart Wolfgang Schüssels verschärfend setzt er auf die Preisgabe eines christlich-sozialen Werteverständnisses⁹⁵ seiner Partei. Auf diese Weise gelingt es ihm, zusammen mit der FPÖ den Eindruck einer Einheitspartei samt weitgehender Geschlossenheit der Regierungsrige zu erwecken. Und auch die FPÖ scheint gelernt zu haben, innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht mehr haltlos nach außen zu tragen.

Wenn sich Wolfgang Schüssel auf eine Strategie der nachhaltigen Verfestigung konservativer Strukturen verstand, die einen staatlichen Kulturbegriff entlang der Pflege eines staatlich sanktionierten kulturellen Erbes ins Zentrum rückte, so verlagerte sich mit Kurz-Strache die kulturpolitische Schwerpunktsetzung weg vom Kunst- und Kulturschaffen im engeren Sinn in dem Maße, in dem alles politische Handeln dem Migrationsthema untergeordnet wurde und wird. Damit erfährt staatliche Kulturpolitik eine stärker ethnisch-religiöse Konnotation und wird zu einem Kampfmittel zur Verschlechterung der Lebens- und Aufenthaltsumstände von Migrant*innen umfunktioniert. Diesbezügliche Erfolgsmeldungen sollen auf immer neue Weise mithelfen, von den Auswirkungen des Sozialabbaus für Nichtmigrant*innen abzulenken. In diesen Kontext gehört auch der neue Kulturkampf gegen den Islam, der in unterschiedlichsten Kontexten als „kulturfremd“ denunziert wird.

Das zeitgenössische Kunst- und Kulturschaffen hatte in der ersten Auflage von Schwarz-Blau nur einen bescheidenen Platz gefunden; als solches wurde es weitgehend dem kunstfeindlichen Boulevard oder den Angriffen der FPÖ überlassen, vor allem dort, wo ihre Vertreter*innen versucht hatten, gegen die damals neue und ungewohnte Regierungsform aufzubegehren.

An diese Außenseiter-Rolle konnte 2016 der Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer unmittelbar anknüpfen. Im Wahlkampf bezeichnete er Künstler*innen und Intellektuelle wiederholt als eine Hautevolee⁹⁶ rund um seinen Konkurrenten Alexander van der Bellen, während er das Volk hinter sich wisse. Die Regierung Kurz-Strache hingegen straft bislang weite Teile des Kunst- und Kulturschaffens als einen, von den wichtigen Fragen abgegrenzten und letztlich abgehobenen Kreis, mit demonstrativem Desinteresse. Dies gelingt umso leichter, als sich – trotz einer nachhaltigen

Verschärfung des rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Charakters zumindest einzelner Regierungsvertreter*innen – der Widerstand von Künstler*innen sehr in Grenzen hält.

Die Regierung Schüssel I hatte ein überreiches kulturelles Erbe zu verwalten. Dieses versuchte sie, in Gestalt der „Kulturgroßmacht Österreich“ noch einmal aktiv für eine Imageverbesserung nach innen und nach außen zu nutzen. Die wesentlichen kulturpolitischen Weichenstellungen wie die Reorganisation der Bundestheater und Bundesmuseen, die Weiterentwicklung des „Gießkannenprinzips“ der in die Jahre gekommenen Fördermaßnahmen, das Kunstrestitutionsgesetz oder die Regelung der Künstler*innen-Sozialversicherung wurden bereits von den sozialdemokratischen Vorgänger*innen in die Wege geleitet. Im Vergleich dazu spricht sich die Regierung Kurz-Strache zwar auch dafür aus, „das Kulturland Österreich“ zu erneuern; eine Konkretisierung, was damit gemeint sein könnte, bleibt hingegen bis dato aus.

War es der SPÖ bereits 2000 nicht gelungen, „den Widerstand des Kulturbereiches zu einem politischen Projekt zu bündeln und damit der Wählerschaft eine überzeugende gesellschaftliche Alternative anzubieten, so verschärfte sich zuletzt der Eindruck der politischen Alternativlosigkeit nicht nur im Feld der Kulturpolitik. Fühlten sich viele Kulturschaffende von der Opposition genauso wie von den Schüssel-Regierungen in ihren gesellschaftspolitischen Ambitionen und in ihrem Überlebenskampf im Stich gelassen, so scheinen mit dem Regierungsantritt der schwarz (türkis) – blauen Regierung diesbezügliche Erwartungen bereits von Beginn an zusammengebrochen.

Die Hoffnungen auf eine Re-Politisierung des Kulturbereichs haben sich 2000 nicht erfüllt; 2018 kommen solche bis jetzt gar nicht mehr auf. Konnte man in der Erstaufgabe von Schwarz-Blau den Eindruck bekommen, dass die Kunstszene gefordert war, Kulturpolitiker*innen bei der Durchsetzung politischer Ziele zu unterstützen, so scheint diese soziale Gruppe 2018 im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen weitgehend irrelevant geworden zu sein; geblieben ist das gesellschaftliche Engagement einzelner, die sich vor allem in der Integrationsfrage engagieren.

Die Regierung Schüssel I und Schüssel II verstand es, beispielsweise mit der Diskussion um eine geschlechtskonforme Neuformulierung des Textes der Österreichischen Bundeshymne im Jahr 2005 auf kulturpolitisch fast schon virtuos zu benennende Weise von Befunden wachsender sozialer Ungleichheit abzulenken. 2018 werden zentrale kulturpolitische Themen – die die Grundfesten dessen berühren, was Menschen in der aktuellen medialen Transformationsphase noch als spezifisch kulturell begreifen⁹⁷ – erst gar nicht mehr thematisiert. Dies betrifft auch die Chancengleichheit an der kulturellen Teilhabe wie die demokratiepolitischen Implikationen von Kulturpolitik, die sich mit dem Regierungsantritt von Schwarz(türkis)-Blau zunehmend auf ethnisch-religiöse Aspekte verengt haben. Beide Regierungsformen haben die Gemeinsamkeit, dass demokratiepolitische Errungenschaften selbst von führenden Repräsentant*innen des Staates infrage gestellt werden, um damit fundamentale kulturelle Grundrechte auszuhebeln. Das aktuelle Verhalten führender Akteure lässt Zweifel aufkommen, ob Kulturpolitik, die sich auf der Höhe einer entwickelten Demokratie weiß, in Zukunft überhaupt noch auf der Tagesordnung stehen wird.

In diesem Sinn hat die für Kulturpolitik zuständige ÖVP seit 2000 keine Wende herbeigeführt. Ihr ist es nach einer kurzen Phase des symbolischen Widerstands der kulturellen Öffentlichkeit noch einmal gelungen, eine konservative kulturpolitische Grundströmung für sich zu nutzen. Mit ihr gelang es, Österreich anhand seiner glanzvollen staatlichen Repräsentation vorrangig mit Leistungen einer besseren Vergangenheit zu identifizieren.

Das, was die schwarz(türkis)-blaue Regierung bislang gezeigt hat, deutet nicht auf eine Fortsetzung dieses Anspruchs hin.⁹⁸ Stattdessen droht heute die 2000 noch einmal mit großem Pomp in Gang gesetzte kulturelle Imagebildung der österreichischen Verhältnisse ins Leere zu laufen. In dem Maße, in dem die Karte Österreich als weltweit herausragendes „Land von Tänzern und Geigern“ globalen Konkurrenzsituationen ausgesetzt erscheint, setzen zeitgeistige Politiker wie Kurz und Blümel nicht mehr auf Kunst und Kultur als politikrelevantes Mittel der Völkerverständigung⁹⁹.

Stattdessen haben sie für sich die politischen Vorteile der Errichtung einer „Festung Europa“ erkannt, deren Kultur zwar weitgehend undefiniert bleibt und die dafür umso mehr gegen alle Arten von Wohlstands-Konkurrent*innen¹⁰⁰ verteidigt werden muss. Damit aber verlieren weite Teile der staatlichen Kulturpolitik ihr eigenständiges Profil und ihre Bedeutung sowohl für das Bild Österreichs in der Welt als auch für das gesellschaftliche Zusammenleben im Inneren des Landes. Ihre kulturpolitischen Restbestände werden umgelenkt auf die Mühlen des Migrationsdiskurses. Was bleibt sind weitgehend unzusammenhängende Versatzstücke einer Kulturlandschaft, die sich – staatlich zunehmend unkoordiniert – versucht, sich an internationalen Kulturmarkterfordernissen zu orientieren.

¹ Alles Wolfgang oder was – EU-Präsident Wolfgang Schäussel will Europa wieder „eine Seele geben“. Auch mithilfe Mozarts. Und auch für einen Wahlsieg daheim. Aus Zeitschrift NEWS; Nr. 1/2006 vom 5. Jänner 2006.

² Leonhard, Ralf. Schäussel Cello, Rice Klavier, in taz vom 4. Jänner 2006, 16.

³ Siehe dazu: „Der Wolfgang auf der Ziehharmonika“, aus: http://kultur.orf.at/orfon/kultur/001024-4391/4400txt_story.html (letzter Zugriff 10. August 2018).

⁴ „Alles Wolfgang oder was – EU-Präsident Wolfgang Schäussel will Europa wieder „eine Seele“ geben. Auch mithilfe Mozarts. Und auch für einen Wahlsieg daheim. Aus: Zeitschrift NEWS, Nr. 1/2006 vom 5. Jänner 2006, 23.

⁵ Scharsach 2017.

⁶ <https://www.ikg-wien.at/nazi-lieder-oesterreich-ist-anders/> (letzter Zugriff 10. August 2018).

⁷ <https://orf.at/stories/2424191/> (letzter Zugriff 10. August 2018). Gleichzeitig schloss die niederösterreichische Landeshauptfrau Mikl-Leitner eine Zusammenarbeit der ÖVP-Niederösterreich mit einer von Hugo Landbauer geführten FPÖ-Niederösterreich aus.

⁸ <https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/priorities.html> (letzter Zugriff 10. August 2018).

⁹ <https://www.eu2018.at/calendar-events/political-events/BKA-2018-10-08-CONTENT-Conference.html> (letzter Zugriff 10. August 2018).

¹⁰ <https://www.sebastian-kurz.at/programm/artikel/oesterreich-als-kulturnation> (letzter Zugriff 10. August 2018).

¹¹ Als kulturelle Vorzeigefigur eignet sich am besten noch der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Er ist ausgebildeter Cellist und Dirigent und war als AHS-Musikerzieher und Musikschuldirektor in Niederösterreich tätig.

¹² Mit der Wahl zum neuen ÖVP Obmann im Frühjahr 2017 entschied Sebastian Kurz, die Parteifarbe von schwarz auf türkis zu ändern. Damit wollte er einen neuen Stil von Politik symbolisieren und die „Systempartei ÖVP“ zu einer „breiten Bewegung“ weiter entwickeln. Allerdings ist diese Umbenennung nicht durchgängig gelungen. Meist wird auch diese Regierung in den Medien als schwarz-blau bezeichnet.

¹³ Siehe dazu: Wimmer 2011.

¹⁴ Bruckmüller 1996.

-
- ¹⁵ https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Budget_2017_im_Ueberblick.pdf?67rung (letzter Zugriff 10. August 2018)-
- ¹⁶ Siehe dazu beispielhaft Huber 2017.
- ¹⁷ Der Begriff „Migrationsgesellschaft“ wurde vor allem vom Migrationsforscher Mark Terkessidis in den Fachdiskurs eingebracht. Siehe dazu u.a.: Terkessidis 2010.
- ¹⁸ Der Begriff der „Willkommenskultur“ wird in Österreich – ohne weitere konzeptionelle Definitionsbemühungen im medialen Diskurs gerne als politischer Kampfbegriff gebraucht. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) definierte den Begriff im Abschlussbericht Runder Tisch „Aufnahmegesellschaft“ wie folgt: „Neu-Zuwandernde anhand attraktiver Rahmenbedingungen. Willkommen heißen und anerkennend in die Gesellschaft aufnehmen. Willkommenskultur richtet sich an alle legalen Neu-Zuwandernden.“ Weitergehende konzeptionelle Überlegungen finden sich etwa in Studien der Deutschen Bertelsmann-Stiftung. Online: https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_PolicyBrief_2017_2_Willkommenskultur.pdf (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ¹⁹ Dass es sich bei dem Begriff der „Überfremdung“ um einen politischen Kampfbegriff handelt, lässt sich gut anhand von Aussagen des ungarischen Kanzleramtsministers János Lázár (FIDESZ) nachvollziehen, der nach einem Besuch in Wien Favoriten in den sozialen Medien von einer „Überfremdung“ dieses Wiener Bezirkes gewarnt hat- Online: <https://www.unzensuriert.at/content/0026446-Ungarischer-Minister-kritisiert-die-Ueberfremdung-Wien-Favoriten> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²⁰ Der Begriff der „Kulturellen Vielfalt“ wurde seither zu einem zentralen kulturpolitischen Kampfbegriff, der die geänderte demographische Zusammensetzung nicht nur der österreichischen Gesellschaft begleitet. Die konzeptionelle Grundlage hierfür bietet die UNESCO-Deklaration zur kulturellen Vielfalt aus 2005. Online: https://www.unesco.at/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Publikations-Dokumente/2005er_UNESCO-Convention_German.pdf (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²¹ <https://www.fpoe.at/artikel/kickl-bevoelkerungswachstum-in-oesterreich-kein-grund-zum-jubeln/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²² Einen besonderen Markstein in diesem Zusammenhang hinterließ der Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, der im Zusammenhang mit den sich verschärfenden Auseinandersetzungen rund um die Bedeutung der Sozialpartnerschaft vom „Absandeln Österreichs“ gesprochen hat, dem es entgegen zu treten gälte. Siehe dazu: <https://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Leitl-ueber-das-Absandeln-den-Weg-zur-Hoelle-und-traurige-Wirte;art385,1653257> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²³ Republik Österreich 1999.
- ²⁴ Besondere Bedeutung hat die Kampagne im Wiener Wahlkampf erhalten, in denen sich die FPÖ offensiv gegen das „Staatskünstlertum“ im Allgemeinen und einzelne Künstler*innen wie Jelinek und Peymann im Besonderen gewandt hat. In Wien hingen damals Plakate "Lieben Sie Scholten, Jelinek, Häupl, Peymann, Pasterk . . . - oder Kunst und Kultur? An dieser Form der Animositäten änderte auch die Verleihung des Literaturnobelpreises an Elfriede Jelinek im Jahr 2004 nichts.
- ²⁵ Dieser Befund wird auch von einer Reihe kulturpolitischer Beobachter*innen geteilt, die die Ansicht vertreten, die schwarz-blaue Regierung habe keine kulturpolitische Wende vollzogen. Stattdessen herrschten Sparkurs, Intransparenz und Willkürakte. Siehe dazu: Dusini, Matthias/Kralicek, Wolfgang/Nüchtern, Klaus. Virtuose des Eigenlobs, in: Falter 47/2002 vom 20. 11. 2002.
- ²⁶ <https://kurier.at/kultur/kunst-und-kultursektion-im-bundeskanzleramt-werden-zusammengelegt/110.725.414> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²⁷ Besonders deutlich wurde dies mit der Übernahme des Bildungsministeriums durch Gabriele Heinisch-Hosek, die als Frauenministerin einen diesbezüglichen Schwerpunkt setzte.
- ²⁸ Zusammen. Für unser Österreich - Regierungsprogramm 2017 – 2022. Ab S 92. Online: <https://www.oevp.at/download/Regierungsprogramm.pdf> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ²⁹ Siehe z.B. ein Beitrag in Le Monde „Autrichien Kurz un pont entre droite et extreme droite“ Online: https://www.lemonde.fr/europe/article/2018/07/02/l-autrichien-kurz-un-pont-entre-droite-et-extreme-droite_5324333_3214.html (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³⁰ Eine „Achse der Willigen“ als Mittel zur Polarisierung der Europäischen Union in der Flüchtlingsfrage bietet hierfür die Grundlage. Siehe dazu: <https://derstandard.at/2000081525567/Kurz-baut-Achse-der-Willigen-gegen-Angela-Merkel> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³¹ <https://www.zeit.de/2011/11/Ungarn-Kultur-Zensur> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³² <https://www.weltmuseumwien.at/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³³ Z.B. brachte das Wiener Volkstheater die Produktion „Die Reise“ zur breit diskutierten Aufführung. <http://www.wenessoweitist.com/html/diereise.html> (letzter Zugriff 10. August 2018).

-
- ³⁴ <https://derstandard.at/2000034939397/Identitaere-stuernten-Theaterstueck-Verfassungsschutz-ermittelt> (letzter Zugriff 10. August 2018); <https://derstandard.at/2000035879204/Identitaere-klettern-aufs-Burgtheater> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³⁵ <https://www.unzensuriert.at/content/0024951-Sieg-ueber-Tuerkenbelagerung-Identitaerer-Gedenkfackelzug-am-Kahlenberg> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³⁶ <https://derstandard.at/2000082795586/Prozess-gegen-Identitaere-hat-in-Graz-begonnen> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ³⁷ <https://derstandard.at/2000084171603/Identitaeren-Prozess-Letzte-Runde-im-Verfahren-in-Graz> (letzter Zugriff 10. August 2018). Zentrales Argument der gerichtlichen Begründung war es, dass sich die Ziele der Identitären weitgehend mit denen der amtierenden Bundesregierung decken würden.
- ³⁸ Siehe dazu etwa: Rakuschan, F.E.: Tiefdruck im Habit.at - Gibt es eine neue Politisierung in Österreich?, Austria-Government vom 6. März 2000.
- ³⁹ Als ein Beispiel: Die Erklärung der Kulturplattform Oberösterreich (KUPF) zur Bildung einer österreichischen Regierung unter Beteiligung der FPÖ.
- ⁴⁰ Diese Bezeichnung bezieht sich auf einen auf Jörg Haider gemünzten Ausspruch des grünen Nationalratsabgeordneten Peter Pilz, der in der Folge vielfältige mediale Verwendung fand, nachdem ein von Haider angestregtes Gerichtsurteil die Zulässigkeit dieser Bezeichnung ergeben hatte.
- ⁴¹ In diesem Zusammenhang hatte Jörg Haider gerichtliche „Sanktionen gegen Regierungskritiker“ angedroht, ein Vorschlag, den der damalige FPÖ-Justizminister Dieter Böhmdorfer als "sicherlich verfolgenswert" beurteilte. Zu konkreten gerichtlichen Anklagen kam es nicht.
- ⁴² Schmidt, Burghard. Fast 4 Jahre nach Februar 2000: Haider fast ohne Haider, in: igkultur.at vom 12. Oktober 2003. Online: <https://igkultur.at/index.php/artikel/fast-4-jahre-nach-februar-2000-haider-fast-ohne-haider> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁴³ Eine Mitgliederumfrage der IG Kultur im Sommer 2000 zeigte, dass Kunst- und Kultureinrichtungen, die sich offen regierungskritisch geäußert haben, höhere Kürzungen oder gänzlichen Subventionsentzug hinzunehmen hatten. Details dazu finden sich in Gerbasits, Gabi. 6 Tote, 144 Verletzte. Die bisherige Bilanz des freiheitlich-konservativen Kulturkampfes, in: Zeitschrift Kulturrisse der IG Kultur vom 10. Oktober 2000.
- ⁴⁴ Am deutlichsten sprach sich dazu Jörg Haider in seiner Aschermittwochrede im Jahr 2000 aus, in der er meinte: „Die Hand, die füttert, beißt man nicht“, zitiert nach APA 0020 9. März 2000.
- ⁴⁵ <https://derstandard.at/2000072217180/Tausende-demonstrieren-in-Wien-gegen-die-tuerkis-blaue-Politik> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁴⁶ <https://igkultur.at/artikel/rechtsextreme-ministeraemtern> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁴⁷ <http://www.klappeauf.at/> (letzter Zugriff 10. August 2018)
- ⁴⁸ <https://fm4.orf.at/stories/2884498/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁴⁹ Rede von Michael Köhlmeier am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus, Freitag 4. Mai 2018.
- ⁵⁰ Gedenkveranstaltung zum Kriegsende in Europa im Bundeskanzleramt Dienstag 8. Mai 2018. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/455732/Festrede+Arik+Brauer/3b333ff0-4ecf-4207-8f15-5061823dde1f> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁵¹ https://diepresse.com/home/innenpolitik/5475999/Ambros_Bin-sicher-dass-es-viele-braune-Haufen-in-FPOe-gibt (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁵² Menasse 2017.
- ⁵³ <https://europa.blog/die-ausrufung-einer-europaischen-republik-the-european-balcony-project/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁵⁴ ÖVP-Grundsatzprogramm 1995, 26.
- ⁵⁵ Regierungserklärung Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel vom 9. Februar 2000, 30. Online: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/regierungserklaerung.pdf> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁵⁶ In Kurier vom 31. März 2000.
- ⁵⁷ Haider 1993, 73.
- ⁵⁸ Khol 2001.
- ⁵⁹ Regierungserklärung 2003 – 2006 von Dr. Wolfgang Schüssel, vom 6. März 2003.
- ⁶⁰ Dies stellte eine Ankündigung dar, die im Förderbereich durchaus beträchtliche Auswirkungen haben könnte; sie blieb aber selbst im Kulturbereich bislang weitgehend undiskutiert.
- ⁶¹ <https://derstandard.at/2000063616817/Kurz-praesentiert-seinen-Gerechtigkeitsplan-fuer-Oesterreich> (letzter Zugriff 10. August 2018).

-
- ⁶² <https://kurier.at/politik/inland/drozda-plaedierte-fuer-modellprojekt-mit-grundeinkommen-fuer-kuenstler/277.553.289> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁶³ <https://igkultur.at/artikel/kultur-bei-der-nationalratswahl-2017> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁶⁴ Maria Großbauer wurde von Sebastian Kurz in sein Wahlkampfteam berufen und ist heute ÖVP-Kultursprecherin im Nationalrat. Als Organisatorin des Wiener Opernballs unterhält sie beste Beziehungen zum kulturellen Establishment.
- ⁶⁵ Unklarheit zur inhaltlichen Spezifizierung des Begriffs „Kulturland Österreich“ führt zu vorauseilenden Überlegungen von Förderungswerbern, wie diesem kulturpolitischen Anspruch am besten entsprochen werden kann.
- ⁶⁶ <https://www.oevp.at/download/Regierungsprogramm.pdf> S 37 ff (letzter Zugriff 10. August 2018.).
- ⁶⁷ Aus informellen Berichten geht hervor, dass namhafte Vertreter*innen beim für Kunst und Kultur zuständigen BKA vorstellig wurden, um aus Angst vor Förderungsentzug nachzufragen, was denn konkret darunter gemeint sei: Sollten sie mehr österreichische Kunst zeigen oder österreichische Künstler engagieren; weniger Gastspiele aus dem Ausland anbieten oder diesbezügliche Kooperationen beschränken.
- ⁶⁸ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/E/E_00016/fname_695371.pdf (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁶⁹ https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0551/index.shtml (letzter Zugriff 10. August 2018). Allein die Wiederaufnahme des Begriffs „Musische Bildung“, der in Fachkreisen seit seiner Verwendung im Nationalsozialismus weitgehend desavouiert erscheint, erzählt von einer beträchtlichen Unkenntnis der Akteure über den aktuellen Diskurs. Immerhin zeugt dieser Beschluss des Kulturausschusses davon, dass zumindest eine der unzähligen Forderungen von diversen Interessensvertretungen vor der Wahl Eingang in das Arbeitsprogramm gefunden hat.
- ⁷⁰ <http://www.tt.com/politik/innenpolitik/9138261-91/ostermayer-kultur-in-l%C3%A4ndern-ist-landessache.csp> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷¹ <https://derstandard.at/2000079192265/Kulturminister-Bluemel-will-Doppelgleisigkeiten-mit-Laendern-vermeiden> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷² Im Budgetvoranschlag für Oberösterreich ist ein Kulturbudget von 114 Millionen Euro vorgesehen; das ist zehn Millionen Euro weniger als im Jahr 2017.
- ⁷³ https://igkultur.at/sites/default/files/news/downloads/2017-06-12/Analyse-Kulturfoerderungen-2008-2011-Bericht_16092013-2.pdf (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁴ https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0414/ (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁵ <https://igkultur.at/artikel/kultur-sucht-politik-ist-da-jemand> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁶ <https://www.wien.oevp.at/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁷ <https://oe1.orf.at/artikel/636523> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁸ https://diepresse.com/home/kultur/klassik/5183499/Kulturpolitik_Plagiatvorwurfe-gegen-den-designierten (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁷⁹ So kam es 2003 zum Zusammenschluss bislang unabhängiger Einrichtungen wie dem Österreichischen Kultur-Service, dem Büro für Kulturvermittlung und Kulturkontakt Austria unter der Geschäftsführung eines Mitglieds des politischen Büros von ÖVP-Ministerin Elisabeth Gehler: <https://igkultur.at/artikel/fusion-als-strategie-der-eliminierung-zum-kulturpolitischen-hintergrund-der-abwicklung-von> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸⁰ Konkret ist eine Zusammenlegung von Kulturkontakt Austria und dem Österreichischen Austauschdienst (ÖAD) in Planung. Die Leitung des ÖAD hat der Generalsekretär des Bildungsministeriums Jakob Calice übernommen.
- ⁸¹ https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0355/ (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸² Die österreichische kulturdokumentation und L&R Sozialforschung wurden noch von der Vorgängerregierung mit einer Studie zur sozialen Lage von Künstler*innen und Vermittler*innen beauftragt. Die Ergebnisse wurden bis dato nicht veröffentlicht: <https://www.unesco.at/kultur/vielfalt-kultureller-ausdrucksformen/artikel/article/studie-zur-sozialen-lage-der-kunstschaffenden/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸³ <https://www.kunstkultur.bka.gv.at/kunst-studien-berichte> (letzter Zugriff 7. Jänner 2019)
- ⁸⁴ <https://www.sn.at/kultur/allgemein/ernuechternde-studie-zur-sozialen-lage-von-kunstschaffenden-61006225> (letzter Zugriff 7. Jänner 2019)
- ⁸⁵ Die Aussage beruht auf mehreren Interviews mit Parlamentarier*innen der Opposition. Eine öffentliche Erregung hatte auch das fast schon exemplarische Desinteresse Gernot Blümels an guten Kontakten mit der Künstler*innenschaft im Rahmen der Verleihung an Zadie Smith erregt: <https://www.sn.at/kolumne/blog/ein-minister-geht-ab-ohne-kultur-37095205> (letzter Zugriff 10. August 2018).

-
- ⁸⁶ Stellungnahmen von Gernot Blümel beziehen sich bislang auf die Existenz eines „Weißbuches Bundesmuseen“, das von der Vorgänger-Regierung in Auftrag gegeben worden war und in dem mehrere Entwicklungsszenarien zur weiteren kulturpolitischen Entscheidungsfindung skizziert sind. Gernot Blümel hat bislang im Kulturausschuss keinen Fahrplan zur weiteren Vorgehensweise genannt.
https://www.kunstkultur.bka.gv.at/documents/340047/651233/Wei%3c3%9fbuch_Bundesmuseen.pdf/15a5849c-0650-4402-abfd-50bd9df22833 (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸⁷ Ende 2016 stellte der Rechnungshof dem Bundesdenkmalamt ein schlechtes Zeugnis aus. Aus ÖVP-dominierten Bundesländern kam daraufhin das Begehren, den Denkmalschutz zu verändern. Gernot Blümel hat sich dagegen ausgesprochen: „Da wäre mit höheren Kosten bei gleichzeitig geringerer Qualität zu rechnen“:
https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/mehr_kultur/954370_Verlaenderung-ist-nicht-geplant.html (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸⁸ <https://www.oesterreich100.at/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁸⁹ <https://www.hdgoe.at/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹⁰ <http://www.rog.at/pm/stellungnahme-norbert-stegers-drohungen/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹¹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/medienenquete> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹² <https://www.youtube.com/watch?v=XU0Q35C12IQ> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹³ Der Autor Robert Menasse bezeichnete Wolfgang Schüssel in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 6.6. 2003 als Austrofaschisten.
- ⁹⁴ Siehe dazu die Beobachtungen zum Niedergang des Parlamentarismus in Horacek, Nina/Redl, Josef: TIEFE HÜTTE, HOHES HAUS, In: Zeitschrift Falter 28/18, 10 f.
- ⁹⁵ In diesem Sinn hat sich das ÖVP Urgestein, der als ehemaliger Raiffeisen-Gouverneur temporär mit den Aufgaben eines Flüchtlingskoordinators der Bundesregierung beauftragt war, geäußert.
<http://www.heute.at/politik/news/story/Christian-Konrad--VP-christlich-sozial-Kurz-Kritik-49789222> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹⁶ <https://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/norbert-hofer-van-der-bellen-hat-die-hautevolee-und-ich-die-menschen/> (letzter Zugriff 10. August 2018).
- ⁹⁷ Zu den zentralen kulturpolitischen Baustellen zählen u.a. überfällige Reformen der Kunst- und Kulturförderungsstruktur, die Zukunft der Freien Szene, die Umsetzung des Weißbuches „Bundesmuseen“, das „Haus der Geschichte“, die Errichtung eines Foto-Museums, Reformen im Bereich des Denkmalschutzes, Urheberrecht und vor allem die prekäre soziale Lage von Künstler*innen.
- ⁹⁸ Andere rechtspopulistisch regierte Länder wie Polen und Ungarn zeigen freilich, dass sich dieses Desinteresse sehr schnell zugunsten einer Zurichtung des Kulturbetriebs zur Herstellung politischer Loyalität zu wandeln vermag. Eine entsprechende Personalpolitik scheint hierfür das probateste Mittel.
- ⁹⁹ Die Mittel für Auslandskulturpolitik wurden in den letzten Jahren immer weiter gekürzt. Im Bundesvoranschlag 2018 Untergliederung 12 Äußeres ist die Auslandskulturpolitik als eigener Aufgabenbereich erst gar nicht mehr ausgewiesen.
- ¹⁰⁰ In dem Zusammenhang lohnte eine intensivere Auseinandersetzung mit der Definition von Kulturpolitik als Fortsetzung von Sozialpolitik. Siehe dazu u.a.: <http://educult.at/wp-content/uploads/2011/08/Die-F%3c3%A4higkeit-das-Leben-gl%3c3%BCckhaft-zu-gestalten-Dr.-Fred-Sinowatz-als-der-wegweisende-Kulturpolitiker-der-Zweiten-Republik.pdf> (Letzter Aufruf 10. August 2018).

Literaturverzeichnis

- Bruckmüller, Ernst (1996). Nation Österreich: kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse Wien.
- Haider, Jörg (1993). Die Freiheit, die ich meine, Wien.
- Huber, Michael (2017): Musikhören im Zeitalter Web 2.0: Theoretische Grundlagen und empirische Befunde (Musik und Gesellschaft), Wien.
- Integrated Consulting Group (2017). Projekt „Weißbuch Österreichische Bundesmuseen / Österreichische Nationalbibliothek“ – Bericht an das Bundeskanzleramt, Wien.
- Khol, Andreas (2001). Die Wende ist geglückt, Wien.
- Menasse, Robert (2017). Die Hauptstadt, Berlin.
- Republik Österreich (1999). Weißbuch zur Reform der österreichischen Kulturpolitik, Wien.
- Scharsach, Hans-Henning (2017). Stille Machtergreifung: Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien.
- Terkessidis, Mark, (2010). Interkultur, Berlin.

Wimmer, Michael (2011). Kultur und Demokratie. Eine systematische Darstellung von Kulturpolitik in Österreich, Wien/Innsbruck.